Mehr Wohlstand für alle

Eine Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit der EU

PRIORITÄTEN DER GRUPPE ARBEITGEBER DES EWSA

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Gruppe Arbeitgeber

UNTERNEHMEN LEISTEN EINEN BEITRAG ZUM GEMEINWOHL

Die Gesellschaft profitiert von den Unternehmen in erster Linie dadurch, dass sie Arbeitsplätze schaffen und Waren und Dienstleistungen bereitstellen. Selbst in Krisenzeiten versorgen die Unternehmen die Menschen laufend mit Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern sowie mit medizinischen Produkten und anderen wichtigen Gütern. Sie integrieren Flüchtlinge und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch ihre Steuern tragen die Unternehmen zu den öffentlichen Einnahmen für die Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsysteme sowie für die innere und äußere Sicherheit bei. Unternehmen bieten auch Technologien und Lösungen an, die dazu beitragen, den Klimawandel einzudämmen und Umweltprobleme zu bewältigen.

Die EU und ihre Unternehmen stecken derzeit inmitten akuter Krisen und langfristiger tiefgreifender Veränderungen. Unternehmen – ganz gleich, ob Großunternehmen oder KMU – haben zusätzlich zu ihren allgemeinen Betriebskosten und den Hindernissen, die sie bei ihrer Geschäftstätigkeit überwinden müssen, mit hohen Energiepreisen, Personal- und Qualifikationsmangel und den vielfältigen Anforderungen zu kämpfen, die sie im Zuge des grünen und des digitalen Wandels erfüllen müssen. Als Folge davon nimmt das Vertrauen der Unternehmen rapide ab, was die Gefahr von Standortschließungen und -verlagerungen mit sich bringt.

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine hat ein neues wirtschaftliches und geopolitisches Umfeld in Europa geschaffen. Infolgedessen leidet die EU mehr als ihre globalen Konkurrenten unter extrem hohen Energiepreisen und Inflation. Gleichzeitig fördern andere globale Wirtschaftsmächte ihre eigenen Unternehmen mit Subventionen und Vergünstigungen. All dies kann dazu führen, dass Unternehmen aus der EU abwandern. Diese Probleme und andere aktuelle und künftige Herausforderungen können nur dann erfolgreich bewältigt werden, wenn die Wettbewerbsfähigkeit und die Resilienz der EU-Wirtschaft gestärkt werden. Die EU muss auch ihren globalen Einfluss und ihre Position gegenüber ausländischen Volkswirtschaften ausbauen.

Der kurz- und langfristige Erfolg der EU steht und fällt mit einer florierenden Wirtschaft mit Unternehmen unterschiedlicher Größe, die ein breites Spektrum von Wirtschaftsbereichen und Ökosystemen abdecken und auf verschiedenen Märkten und an verschiedenen Orten der Welt tätig sind.

Wettbewerbsfähige, widerstandsfähige und florierende Unternehmen sind in der Lage, Gemeinwohl zu schaffen. Sie ermöglichen eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene. Die EU muss daher ihre Anstrengungen verstärken, um für die Unternehmen ein günstiges Umfeld zu schaffen, in dem sie agieren und sich entfalten können. Dies gilt gleichermaßen für die Industrie, den Dienstleistungssektor und die Landwirtschaft, auch in Anbetracht dessen, dass viele Unternehmen über Wertschöpfungsketten miteinander verbunden sind.

Sich ändernde Umstände erfordern rasches Handeln. Trotz einiger Verbesserungen besteht bei der Reaktionsgeschwindigkeit der EU in Krisenzeiten noch viel Spielraum nach oben. Kurzfristige Erfordernisse und langfristige Ziele müssen durch eine sorgfältige Zeitplanung und Gewichtung der Maßnahmen miteinander in Einklang gebracht werden, z. B. wenn es um den Übergang zu einer digitalen, CO_2-neutralen und kreislauforientierten Wirtschaft geht. Die EU-Politik sollte auf Innovation, Exzellenz sowie hochkompetente und qualifizierte Menschen setzen und darauf abzielen, Bürokratie abzubauen und Kosten zu senken, wo immer dies möglich ist.

Die EU ist eine Union gemeinsamer Werte, die geschaffen wurde, um den Frieden zu sichern und zu fördern. Als einer der Eckpfeiler der EU muss die Rechtsstaatlichkeit unter allen Umständen gewahrt werden, denn sie schafft Sicherheit und Stabilität für das Unternehmensumfeld. Die Interaktion zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Partnern sorgt ebenfalls für mehr Stabilität und Resilienz, wobei der soziale Dialog ein wichtiger Bestandteil dieser Interaktion ist.

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Resilienz zu stärken und ihren Einfluss in der Welt zu vergrößern. Ein wesentliches Element fehlt dabei allerdings, und das ist die Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts ihres sinkenden Anteils an der Weltwirtschaft muss die EU unbedingt ihre Produktivität erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Zu diesem Zweck muss die EU eine Agenda für Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg bringen, die den Unternehmen bessere Rahmenbedingungen für Innovation, Investition und Handel bietet, damit es ihnen möglich ist, Gemeinwohl zu schaffen.

KONZENTRATION AUF DAS WESENTLICHE!

Beim Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ihrer Widerstandsfähigkeit und ihres globalen Einflusses sollte die EU die offene Marktwirtschaft und ihre offenen Gesellschaften als ihre grundlegenden Trümpfe ausspielen und ihr Handeln auf die wesentlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Wohlstand und Wohlergehen ausrichten. Die Gruppe Arbeitgeber fordert die politischen Entscheidungsträger daher auf, ihre Bemühungen auf die Verwirklichung der folgenden grundlegenden Ziele zu richten:

WETTBEWERBSFÄHIGER ZUGANG ZU RESSOURCEN

Die Verfügbarkeit grundlegender Produktionsfaktoren – unter Wettbewerbsbedingungen – ist eines der wichtigsten Merkmale eines günstigen Unternehmensumfelds. Dies gilt gleichermaßen für Energie, Rohstoffe, Arbeit, Kapital und Daten.

Geopolitische Entwicklungen wirken sich sowohl auf die Verfügbarkeit als auch auf die Preise von **Energie und Rohstoffen** aus und betreffen damit direkt oder indirekt alle Unternehmen in der EU. Der drastische Anstieg der Energiepreise hat die energieintensiven Industriezweige in Europa schwer getroffen. Der Zugang zu Energie und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen ist – neben anderen grundlegenden Geschäftsbedingungen – für die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion und der damit verbundenen Tätigkeiten in der EU von entscheidender Bedeutung. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen im Geschäftsumfeld muss die EU dringend eine umfassende und zeitgemäße, auf Innovation und Exzellenz basierende Industriepolitik entwickeln. Sie muss den Unternehmen in der EU sowohl unmittelbare Lösungen als auch längerfristige Perspektiven bieten, damit sie im harten internationalen Wettbewerb bestehen können.

Kriseninduzierte Störungen der internationalen Märkte und Lieferketten haben deutlich gemacht, dass die kritische Abhängigkeit der EU, insbesondere von fossilen Brennstoffen aus Russland und Metallen aus China, verringert werden muss. Dies erfordert eine Stärkung der eigenen industriellen Kapazitäten und Ressourcen und die Entwicklung neuer Unternehmensökosysteme. Auch die Energiequellen und Lieferketten für Rohstoffe, Zwischenprodukte und Komponenten müssen diversifiziert werden. Der Umbau der Produktions- und Lieferketten ist Sache der Unternehmen, während die Aufgabe der Politik darin besteht, dies zu unterstützen und zu erleichtern.

Auch die Klima- und Umweltziele wirken sich erheblich auf den Einsatz von Energie und Rohstoffen aus. Dabei geht es nicht nur um die Effizienz, sondern (zunehmend) auch um Suffizienz.

Um Mehrfachkrisen zu vermeiden, muss die EU Maßnahmen vorantreiben, die alle grundlegenden energiepolitischen Ziele zugleich im Auge haben: Versorgungssicherheit, angemessene Kosten und Preise sowie Klimaneutralität. Gleiches gilt für Rohstoffe und die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Agrar- und Ernährungsindustrie. Darüber hinaus sind praktikable Lösungen erforderlich, um die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen geschickt mit dem Schutz der biologischen Vielfalt zu verknüpfen.

Ein wettbewerbsfähiger Zugang zu Energie und Rohstoffen erfordert

- die Stärkung der inländischen Produktion, der Ökosysteme und Ressourcen sowie die Diversifizierung ausländischer Lieferquellen;
- das Aufeinander-Abstimmen der verschiedenen politischen Ziele und der damit zusammenhängenden Regulierung.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der **Arbeitskräftemangel** zunehmend zu einem der größten Hindernisse für das Wirtschaftswachstum und die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit. Neben der Umsetzung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Einbeziehung von Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen sollte das Potenzial, das beispielsweise die Beschäftigung und die unternehmerische Selbständigkeit von Frauen sowie die legale Migration bieten, voll erschlossen werden. Integrative Arbeitsmärkte sind neben der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Aufbau von Qualifikationen auch die beste Möglichkeit, die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Die **Sicherstellung eines angemessenen Angebots an Arbeitskräften und Qualifikationen** erfordert

- die Erleichterung der Arbeitskräftemobilität und der Migration;
- wirksame Systeme des lebenslangen Lernens und bessere Prognosen über den künftigen Qualifikationsbedarf.

Um die derzeitige und künftige Nachfrage nach **Qualifikationen** zu decken, muss der Rahmen für kontinuierliches und lebenslanges Lernen ausgebaut werden. Er umfasst eine erfolgreiche formale Bildung mit Schwerpunkt auf Lernergebnissen in Verbindung mit Erfahrung in Unternehmen, eine erfolgreiche Berufsbildung sowie gut funktionierende Systeme und Verfahren zur Weiterqualifizierung und Umschulung. Den Qualifikationen, die für den digitalen und den ökologischen Wandel erforderlich sind, und der Anpassung der Lehrpläne an neue und im Wandel befindliche Berufe muss gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor und der Wirtschaft muss ausgebaut werden, denn die Unternehmen spielen eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Ausbildungsstätten. Die Veränderungen in der Arbeitswelt und im Arbeitsalltag verlangen auch nach einer widerstandsfähigen Erwerbsbevölkerung. Die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern, Studierenden und talentierten Nachwuchskräften muss sowohl innerhalb der EU als auch in Zusammenarbeit mit Drittländern gefördert und erleichtert werden, beispielsweise durch eine bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage. Die EU muss die richtigen Voraussetzungen schaffen, damit sie für hochqualifizierte Arbeitskräfte attraktiv ist.

Die **Innovationsfähigkeit** ist eine weitere Voraussetzung, um die Produktivität zu steigern. Ohne sie wird die Entwicklung, die Steigerung der Anpassungsfähigkeit und die Erneuerung von Unternehmen nicht gelingen. Für den künftigen Erfolg der EU sind sowohl private als auch öffentliche Investitionen in Forschung und Innovation erforderlich. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Innovationseinrichtungen muss als wichtiger praktischer Schritt zur Förderung von Produktinnovationen erleichtert werden.

Da **Daten** bereits jetzt und auch in Zukunft einen wichtigen Grundstoff bilden, müssen die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Daten sowie ein reibungsloser Datenfluss sichergestellt werden – ähnlich wie bei Energieträgern und natürlichen Ressourcen. Dies erfordert entsprechende Vorschriften und Regeln sowie fortschrittliche Technologien. Gleichzeitig wird es immer wichtiger, für Cybersicherheit zu sorgen, um die zunehmend digitalen und integrierten Produkte und Verfahren zu schützen.

Da der Zugang zu **Finanzmitteln** zu angemessenen Kosten für alle Unternehmen lebenswichtig ist und eine kritische Abhängigkeit von ausländischen Entscheidungen vermieden werden muss, sollte die EU gut funktionierende und stabile EU-Kapitalmärkte und einen soliden und unabhängigen EU-Bankensektor fördern. Die EU muss auch von Regulierungsmaßnahmen absehen, die den Zugang zu Finanzmitteln, insbesondere für KMU, direkt oder indirekt behindern könnten. Dies muss bei der Bankenregulierung gebührend berücksichtigt werden. Das gilt auch für die Entwicklung von Kriterien für ein nachhaltiges Finanzwesen. Darüber hinaus muss der Zugang zu den verschiedenen Formen und Programmen der EU-Finanzierung erleichtert werden, damit die Mittel die Unternehmen vor Ort rasch erreichen.

OFFENE MÄRKTE MIT GLEICHEN REGELN

Um ihre Geschäftstätigkeit ausüben und wachsen zu können, brauchen die Unternehmen Zugang zu den Märkten unter Bedingungen, die ihnen in der EU und auf internationaler Ebene die gleichen Startchancen sichern. Dies gilt für alle Arten von Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, ihrem Wirtschaftszweig, der Art ihrer Kunden, ihrer geografischen Lage oder ihrer Position in Wertschöpfungsketten und Unternehmensökosystemen.

Der **Binnenmarkt** bildet nach wie vor das Fundament der Wirtschaft in der EU – sowohl unter „normalen" Bedingungen als auch in Krisenzeiten. Die EU muss sich auf der Grundlage der Errungenschaften und Fortschritte der letzten 30 Jahre beständig und mit ganzer Kraft für einen gut funktionierenden Binnenmarkt einsetzen und seine Freiheiten fördern. Dazu müssen Markthindernisse ermittelt und systematisch beseitigt werden und neue Hindernisse dürfen gar nicht erst aufkommen. Dies bedeutet für die Mitgliedstaaten, dass sie die gemeinsamen Vorschriften strikt anwenden und durchsetzen und von nationaler Überregulierung oder Alleingängen sowie von der Einführung neuer nationaler Vorschriften absehen, die im schlimmsten Fall im Widerspruch zu EU-Vorschriften stehen. Die Europäische Kommission muss in diesem Zusammenhang als Kontrollinstanz fungieren und gleichzeitig auf EU-Ebene eine angemessene Harmonisierung fördern, um eine Fragmentierung des Marktes und den Verlust von Größenvorteilen zu vermeiden.

Die **Förderung des Binnenmarkts** erfordert

- die vollständige Umsetzung und Durchsetzung der gemeinsamen Vorschriften;
- die Vermeidung nationaler Abweichungen und neuer Vorschriften, die im Widerspruch zu gemeinsamen Regelungen stehen.

Auch die **Wettbewerbsregeln** sind von großer Bedeutung, um gleiche Ausgangsbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Der Wettbewerb ist nicht nur die treibende Kraft für die Unternehmen und die wirtschaftliche Entwicklung, sondern sorgt auch dafür, dass die Verbraucher von einer größeren Auswahl und niedrigeren Preisen profitieren können. Im Großen und Ganzen sollte die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit, ihre Widerstandsfähigkeit und ihren globalen Einfluss in einer Weise stärken, die nicht auf einer Spirale von Subventionen und Handelshemmnissen beruht, sondern auf gesundem Wettbewerb, Innovation und Spitzenleistungen.

Neben wirksamen Markt- und Wettbewerbsregeln ist eine angemessene **Infrastruktur** eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Binnenmarkts. Sie erfordert Investitionen in zukunftssichere Verkehrs-, Energie- und Datennetze, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Bereitstellung der kritischen Infrastruktur liegt, die von entscheidender Bedeutung ist, um für Krisen und Notfälle gerüstet zu sein.

Die Einschränkungen und Hindernisse für Verkehr und Mobilität während der Pandemie haben deutlich gemacht, wie wichtig der freie Waren- und Personenverkehr ist und dass der Binnenmarkt unter allen Umständen funktionieren muss. Die Pandemie wirkte auch impulsgebend auf die Entwicklung einer Gesundheitsunion, während die derzeitige Energiekrise uns beständig die Bedeutung der Energieunion mit all ihren Facetten, einschließlich wirksamer Energiepreissysteme, in Erinnerung ruft. Eine wirksame und wettbewerbsfähige Kapitalmarktunion, die auf die Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung und des digitalen und des ökologischen Wandels ausgerichtet ist, ist ebenfalls wichtiger denn je. Auch der Binnenmarkt für Daten und gemeinsame Datenräume spielen eine immer größere Rolle, da Daten untrennbar mit den Kapital-, Waren- und Dienstleistungsmärkten sowie mit den Energie- und Verkehrssystemen verbunden sind.

Als Erweiterung des Binnenmarkts bilden die internationalen Märkte und der offene und regelbasierte **Außenhandel** eine weitere Grundlage für die EU-Wirtschaft. Damit die Unternehmen von den Chancen des Weltmarktes profitieren können, muss die EU aktiv gegen Protektionismus vorgehen und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausbauen. Die EU muss auch kritische Abhängigkeiten von politisch riskanten Ländern vermeiden und stattdessen die Zusammenarbeit und den Handel mit gleichgesinnten internationalen Partnern intensivieren, auch durch enge transatlantische Beziehungen.

Die **bestmögliche Nutzung des Außenhandels** erfordert

- die Vermeidung kritischer Abhängigkeiten von politisch riskanten Ländern;
- die Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordinierung mit gleichgesinnten Partnern.

Bei der Ratifizierung und Umsetzung der abgeschlossenen Handelsabkommen (z. B. Mercosur, CETA) bedarf es rascher Fortschritte, und die noch laufenden Verhandlungen sollten zügig zum Abschluss gebracht werden. Die geltenden Handelsabkommen sollten in vollem Umfang genutzt werden, wobei den Erfordernissen der Internationalisierung von KMU besonders Rechnung zu tragen ist. Neben der Lösung des Problems mit dem US-amerikanischen Gesetz zur Verringerung der Inflationsrate ist ein neuer Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA erforderlich. Handel und internationale Partnerschaften spielen ebenfalls eine wichtige Rolle beim Klimaschutz. Die EU kann durch die Erleichterung des Exports von Klimalösungen durch Unternehmen viel wirksamer zum Klimaschutz beitragen, als wenn sie nur Europa im Blick hat.

Die **Erweiterung** der EU bietet die Möglichkeit, die Stabilität zu erhöhen, die geopolitische Position der EU zu stärken und den Binnenmarkt zu erweitern. Dies gilt – sofern sie die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Kriterien erfüllen – sowohl für die westlichen Balkanländer als auch für die Länder der Östlichen Partnerschaft, die kürzlich einen Beitritt zur EU beantragt haben (Ukraine, Moldau, Georgien).

UNTERNEHMENSFREUNDLICHE REGULIERUNG UND BESTEUERUNG

Unternehmen brauchen einen politischen Rahmen, der den Unternehmergeist fördert und sie zu Innovation, Investitionen und Handel anregt. Diese Anforderung gilt gleichermaßen für die Regulierung, Besteuerung und die Zuweisung öffentlicher Mittel.

Die gesamte Politikgestaltung und Rechtsetzung in der EU sollte sich an den Grundsätzen der **besseren Rechtsetzung** orientieren. Dazu gehören auch die richtige Umsetzung des Grundsatzes „One in, one out", die Beseitigung übermäßiger Verwaltungslasten und die Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Außerdem ist es notwendig, die Gesamtkostenbelastung der Unternehmen aufgrund von Regulierung und Besteuerung so gering wie möglich zu halten und von einer Erhöhung dieser Kosten abzusehen, solange die Inflation so hoch ist.

Alle politischen und legislativen Initiativen müssen auf soliden Fakten und Zahlen sowie auf einer angemessenen Folgenabschätzung beruhen, die alle Phasen der Rechtsetzung umfasst. Besondere Aufmerksamkeit muss den durch Wertschöpfungsketten entstehenden Multiplikatoreffekten gelten. Auch KKMU müssen gebührend berücksichtigt werden. Ziel muss es sein, den Unternehmergeist zu ermöglichen und zu fördern, anstatt ihn einzuschränken, sowie die Wachstums- und Expansionsfähigkeit zu stärken. Da die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen unbedingt verbessert werden muss, sollte ein **Check-up der Wettbewerbsfähigkeit** in die Entscheidungsprozesse der EU eingebettet werden.

Ein **gut durchgeführter Check-up der Wettbewerbsfähigkeit** umfasst

- eine gründliche Bewertung der Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und
- eine angemessene Berücksichtigung dieser Auswirkungen in der Beschlussfassung über neue Initiativen.

Zwar sind harmonisierte Vorschriften und Normen erforderlich, um den Handel zu erleichtern, doch müssen bei Fragen, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, nationale Lösungen respektiert werden. Delegierte Rechtsakte sollten gründlich überdacht und gezielt eingesetzt werden, da diese Art von Regulierung Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit für die Unternehmen mit sich bringt und die Konsultation der Interessenträger und die Verfahrenstransparenz unzureichend sind.

Die **Verfahren zur Genehmigung** von Investitionen und anderen Geschäftstätigkeiten, einschließlich der Einstellung von Personal aus Nicht-EU-Ländern, müssen verkürzt werden, und es muss einfacher werden, Genehmigungen zu erhalten. Der allgemeine politische und rechtliche Rahmen muss den Unternehmen Rechtssicherheit bieten und kohärente Vorschriften gewährleisten. Dies sind wichtige Voraussetzungen für private Investitionen, die dringend benötigt werden, um die kurz- und langfristigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Ein günstiges Umfeld für private Investitionen ist auch der effizienteste Weg, um den Bedarf an öffentlichen Ausgaben und Schulden zu verringern. Öffentliche Investitionen unterstützen und mobilisieren private Investitionen und sind besonders dann notwendig, wenn außergewöhnliche krisenbedingte Probleme bewältigt werden müssen.

Die Entwicklung des finanzpolitischen Rahmens der EU sollte mittel- und langfristig **wirtschaftliche Nachhaltigkeit** und Haushaltsdisziplin gewährleisten. Reformen dürfen nicht zu höheren Steuern, ineffizienten öffentlichen Ausgaben oder Schulden für künftige Generationen führen. Um die Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, müssen durch das Steuersystem Investitionen und Unternehmertum erleichtert und Anreize geschaffen werden, unternehmerisch tätig zu sein und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Darüber hinaus muss das Steuerniveau in der EU weltweit wettbewerbsfähig sein.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit erfordert

- günstige Rahmenbedingungen für private Investitionen und solide öffentliche Finanzen;
- ein Steuersystem, das die Geschäftstätigkeit und die Beschäftigung fördert.

In diesem Dokument legt die Gruppe Arbeitgeber im EWSA ihre kurz- bis mittelfristigen Ziele dar und fordert damit die politischen Entscheidungsträger auf, das Unternehmensumfeld und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Voraussetzungen für die Schaffung von Wohlstand für die Menschen in Europa zu verbessern.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Gruppe Arbeitgeber

Die Gruppe Arbeitgeber des EWSA setzt sich aus Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmensverbänden zusammen, die in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen, von der Industrie über den Einzelhandel und die Landwirtschaft bis hin zu Dienstleistungen, sowie in verschiedenen Unternehmenstypen, von KMU bis hin zu Großunternehmen, tätig sind. Die Mitglieder der Gruppe Arbeitgeber sind in der Geschäftswelt aktiv und bringen sich mit ihrer konkreten Wirtschaftserfahrung aus den einzelnen EU-Mitgliedstaaten auf der europäischen Ebene ein. Ihr Ziel ist es, ihren Erfahrungsschatz nutzbringend in den Dienst des „Projekts Europa" zu stellen. Insgesamt vertreten wir auf europäischer Ebene mehr als 20 Millionen Unternehmen. Wir sind Teil des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und nehmen daher formale beratende Aufgaben in der EU wahr.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2023-19-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2023
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos / Abbildungen muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Cover/p. 2/p. 5: © Shutterstock.com; p. 4: © Jacob Lund/Shutterstock.com; p. 6: © Ingus Kruklitis/Shutterstock.com; p. 7: bookzv/Shutterstock.com; p. 8: © sirtravelalot/Shutterstock.com; p. 9: © Savvapanf Photo/Shutterstock.com; p. 10: © Avigator Fortuner/Shutterstock.com; p. 11: © spainter_vfx/Shutterstock.com; p. 12: © Artistdesign29/Shutterstock.com; p. 13: © Alexander Supertramp/Shutterstock.com; p. 14: © Number1411/Shutterstock.com

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

ISO14001 CERTIFIED VINÇOTTE

EMAS Verified environmental management

Print
QE-09-23-031-DE-C
ISBN 978-92-830-5845-8
doi:10.2864/78966

Online
QE-09-23-031-DE-N
ISBN 978-92-830-5845-8
doi:10.2864/78966

PDF-A
QE-09-23-031-DE-A

DE